

Zeitschrift: Akzent : Magazin für Kultur und Gesellschaft
Herausgeber: Pro Senectute Basel-Stadt
Band: - (2006)
Heft: 3: Basel Volta : St. Johann-Quartier und Nordtangente : von der Keltensiedlung zum Novartis-Campus : Architekturstadt Basel

Artikel: Im Gespräch mit Ralph Lewin, Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Basel-Stadt : Wirtschaftsstandort Basel
Autor: Ryser, Werner / Lewin, Ralph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-843499>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im Gespräch mit Ralph Lewin, Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Basel-Stadt

Wirtschaftsstandort Basel

Unternehmer denken nicht in historisch bedingten Grenzen. Wesentlich für sie sind Wirtschaftsräume. Und wenn die Agglomeration Basel im Schnittpunkt von drei Ländern und vier Kantonen liegt, so ist das in erster Linie eine Herausforderung für den Politiker, der weiss, dass diese Agglomeration ein starkes Zentrum braucht, das seine Zentrumsrolle wahrnimmt.

Die Region Nordwestschweiz ist der Wirtschaftsraum, der in den vergangenen Jahren in unserem Land das grösste Wachstum zu verzeichnen hatte. Das ist allerdings kein Grund, auf den Lorbeeren auszuruhen. Herr Lewin, gibt es in der Nordwestschweiz eine gemeinsame Wirtschaftsförderung?

Ralph Lewin: Dazu lässt sich zunächst einmal festhalten, dass Wirtschaftsförderung sehr viel mit Standortpromotion zu tun hat. Letztlich geht es darum, die Stärken des Wirtschaftsraumes Basel erfolgreich zu kommunizieren. Diese Aufgabe wird von der Wirtschaftsförderung beider Basel wahrgenommen, deren Trägerschaft aus den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Land sowie den wichtigsten Wirtschafts- und Arbeitnehmerverbänden besteht. Im Bewusstsein um die Bedeutung der Life Sciences-Industrie für unsere Region verabschiedete die Trägerschaft Anfang 2005 eine gemeinsame Strategie, die den Chancen der Region in diesem Bereich Rechnung trägt.

Um Firmen zu motivieren, ihren Standort zu verlegen, ist nicht nur ein internationaler, sondern auch ein kantonaler

Steuerwettbewerb entbrannt. Ärgert es Sie, dass der Kanton Obwalden mit degressiven Steuern versucht, Unternehmen nach Sarnen zu locken?

Wir fühlen uns durch Obwalden nicht unmittelbar bedrängt. Allerdings halte ich den Trend, für hohe Einkommen prozentual weniger Steuern zu erheben als für niedrige, für bedenklich. Das stimmt nicht mit den Vorstellungen des Zusammenlebens überein, die wir in der Schweiz entwickelt haben. Wenn das bei Obwalden bleibt, so ist es verkraftbar. Sollte das System des Abwärtstrends bei Steuern aber Schule machen, wäre mittel- und längerfristig die Qualität der staatlichen Dienstleistungen in Gefahr.

Basel-Stadt hat es ja in der Hand, wichtige Unternehmen mit separaten Steuerabkommen an sich zu binden.

Nein. Das ist ein Irrtum. Wir behandeln alle Firmen gleich gut. Etwas anderes wäre auch gar nicht erlaubt. Steuerabkommen sind nur möglich mit Ausländern, die ihr Geld nicht in der Schweiz verdienen. Es handelt sich dabei um den internationalen Jetset, um Leute wie etwa Michael Schuhmacher. Sie sind für Basel allerdings nicht relevant. Die grossen Firmen aber erarbeiten ihre Erträge hier und dementsprechend werden sie ganz normal und korrekt besteuert.

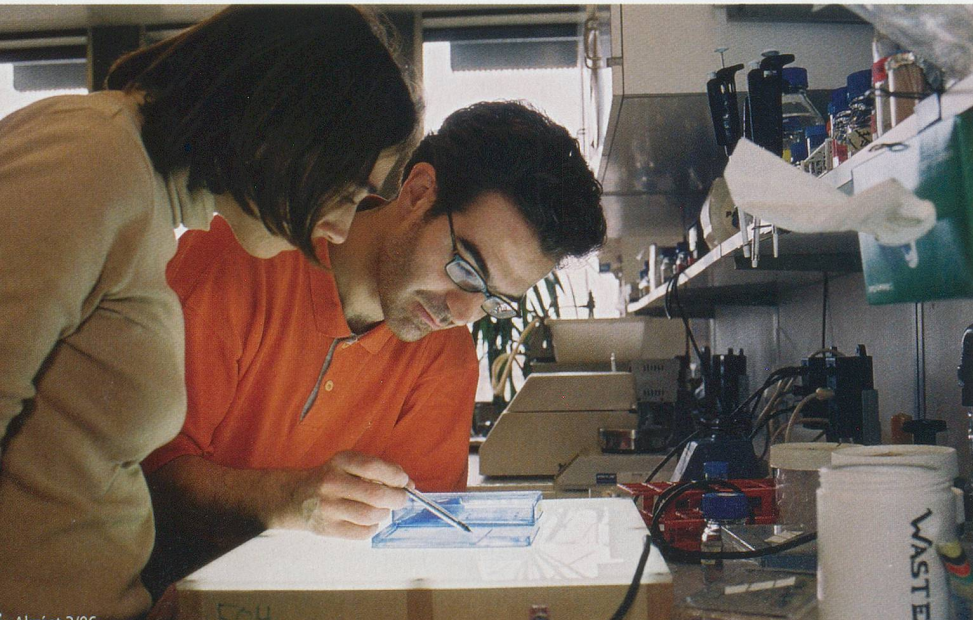
Im Übrigen geht es ja nicht allein darum, billig zu sein. Wichtiger ist, als Standort ein gutes Preis-/Leistungsverhältnis anzubieten. In Basel besteht eine hervorragende Infrastruktur, wir betreiben eine

Universität, wir haben ein hoch stehendes Gesundheitswesen, ein kulturelles Angebot, das sich sehen lassen kann – das alles muss man bei der Betrachtung eines Standortes mitberücksichtigen und ich meine, dass die Wirtschaft das auch macht. Kantone wie Obwalden argumentieren allein mit den Steuern und überlasten es ihren Firmen, sich bei den übrigen Faktoren auf ausserkantonale Zentren zu stützen. Das ist problematisch.

Basel gilt in der Schweiz als die Chemiestadt schlechthin. Gleichwohl war das Verhältnis zwischen städtischer Gesellschaft und Firmen wie Novartis und Roche nicht immer ungetrübt. Vor allem in den Siebziger- bis Neunzigerjahren wuchs das Bewusstsein, dass die chemische Industrie nicht nur Wohlstand bedeutet, sondern auch ein gewisses Bedrohungspotenzial in sich birgt. Zu erinnern ist an Katastrophen wie Seveso, natürlich an Bophal und vor allem an den Brand von Schweizerhalle, ein Grossbrand, den vorher selbst Chemiker und Ingenieure nicht für möglich gehalten hätten. Das alles führte zu einem Vertrauensverlust und zum Teil auch zu einer gewissen «Chemiefeindlichkeit».

Ich glaube, das hat sich stark gewandelt. Mir scheint, man sei in den vergangenen Jahren gegenseitig sehr aufeinander zugekommen. Die Life Sciences-Konzerne sind sich der Problematik bewusst. Selbstverständlich legen sie – beispielsweise bei der Frage von Deponien – Wert auf Lösungen, die aus ihrer Sicht nicht zu teuer sind. Aber die Unternehmen stehen zu ihrer Verantwortung und haben, sowohl aus Imagegründen als auch aus finanziellen Motiven Interesse daran, Ereignissen, wie Sie sie geschildert haben, vorzubeugen. Aber auch der Regierung und der Bevölkerung ist bewusst geworden, wie wichtig diese Unternehmen sind. Heute ist Basel vor allem Forschungsstandort. Aber wir bejahen auch den Produktionsstandort Basel. So begrüssen wir die biotechnische Produktionsanlage von Roche, die an der Grenzachstrasse entsteht.

Im Januar 2005 berichtete die Neue Zürcher Zeitung über das Bewusstsein der Basler Regierung, für die grossen chemischen Konzerne günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Diese Haltung habe sich aus der Erkenntnis ergeben, dass Novartis und Roche jederzeit die Stadt





Ralph Lewin

Geboren 1953, verheiratet mit Paula Lewin-Mitlauer, zwei Kinder

- 1972 – 1977 Studium der Soziologie und Nationalökonomie an der Universität Basel
- 1977 – 1980 Assistent am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Basel
- 1982 Promotion zum Dr. rer.pol.
- 1981 – 1984 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Schweizerischen Nationalbank
- 1984 – 1986 Mitglied der Schweizer Delegation bei der OECD in Paris
- 1986 – 1997 Direktor der Öffentlichen Krankenkasse Basel (ÖKK), Präsident des Verbandes öffentlicher Krankenkassen der Schweiz
- Seit 1997 Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartements Basel-Stadt mit Schwerpunkten: Sozialversicherungen, Öffentlicher Verkehr, Vertritt die Interessen des Kantons in diversen ihm nahe stehenden Organisationen (EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg, MCH Messe Schweiz AG, ÖKK Basel, Basler Verkehrsbetriebe, Sozialhilfe, etc.).

und Sportsponsoring ausdrückt. Es wäre sehr ungeschickt von uns, wenn wir nicht darauf achten würden, gerade für diese Branche speziell attraktiv zu sein.

Wie eruieren Sie die Bedürfnisse der grossen Chemiekonzerne? Treffen Sie sich regelmässig mit dem Management?

Ja, und zwar nicht nur mit der Life Sciences-Branche. Die Gesamtregierung trifft sich regelmässig mit den Konzernleitungen der grossen Firmen. Dazu gehören etwa Unternehmen der Finanz- und Logistikbranche, aber auch der Handel wie Coop und Manor. Man vergisst das manchmal. Es handelt sich dabei um den zweit- und den drittgrössten Detailhändler der Schweiz. Wir führen mit den jeweiligen Geschäftsleitungen Gespräche, bei denen die Probleme gegenseitig auf den Tisch gelegt und diskutiert werden. Uns beschäftigt beispielsweise die Frage, was mit den weniger qualifizierten Leuten geschehen soll oder wie das Angebot an Lehrstellen vergrössert werden kann. Es sind gute Gespräche, bei denen eine Vertrauensbasis entsteht. So kann man auch einmal zwischen zwei Terminen zum Telefon greifen und ein Anliegen besprechen.

Stichwort Bedeutung der grossen Unternehmen für Basel. Wie hoch ist deren Anteil am Steuerkuchen?

Wir haben in Basel rund 1,2 Milliarden Franken Steuern von den natürlichen und 550 Millionen von den juristischen Personen. Rund ein Drittel des Steuereinkommens stammt also von Unternehmen. Das sind dann aber alle Firmen. Im schweizerischen Vergleich ist das viel. Dazu kommt natürlich, dass die Menschen, die in diesen Firmen arbeiten und in Basel Wohnsitz haben, ihre Steuern

ebenfalls hier bezahlen. Bezogen auf die Life Sciences-Unternehmungen gehe ich davon aus, dass durch sie und ihre Mitarbeitenden rund jeder fünfte in Basel umgesetzte Franken ausgegeben wird.

Dass sich um die Mitte des 19. Jahrhunderts chemische Fabriken in Basel ansiedelten, wo dank des Rheins ein kostengünstiger Transportweg bestand, hat vor allem damit zu tun, dass die Schweiz damals keinen Patentschutz kannte. Das erlaubte hiesigen Unternehmern, Drogisten und Färbern für die florierende Seidenbandindustrie hemmungslos Farbstoffe herzustellen, die sie französischen Chemikern abgeschaut hatten. Der Umstand, dass die Schweiz von zwei Weltkriegen verschont blieb und mit ihren intakten Produktionsanlagen nach Kriegsende sofort lieferbereit war, hat ganz wesentlich zum Aufschwung der chemischen Industrie und damit zum Wohlstand der Chemiestadt Basel beigetragen. Heute gilt es, andere Faktoren zu nutzen, um diese Unternehmen zu halten. Dass Novartis nun bei der Dreirosenbrücke mit ihrem Campus einen Forschungs- und Entwicklungsstandort baut, ist ein erfreuliches Bekenntnis zu Basel. Ist es nun Zufall, dass der Kanton gleich daneben, im Äusseren St. Johann, im Rahmen der Stadtentwicklung ein attraktives Quartier plant mit Wohnungen, Einkaufsmöglichkeiten, Dienstleistungszentren und fussgängerfreundlichen Boulevards?

Es ist insofern ein Zufall, dass immer klar war, dass mit dem Abschluss der Bauarbeiten an der Nordtangente dieses Viertel an Attraktivität gewinnen sollte. Die Überbauungen wären auch entstanden, wenn der Campus nicht gleichzeitig gebaut worden wäre. Aber natürlich befruchteten sich die beiden Grossprojekte ge-

verlassen und ihr dadurch ein riesiges Steuersubstrat entziehen könnten.

Ich glaube nicht, dass eine laufende latente Abwanderungsdrohung besteht. Diese Firmen haben hier sehr viel investiert und sind mit unserem Standort eigentlich zufrieden. Wir wollen dafür sorgen, dass das so bleibt. Selbstverständlich sind das für uns sehr wichtige Firmen mit hoher Wertschöpfung, die zahlreiche und attraktive Arbeitsplätze mit überdurchschnittlichen Löhnen anbieten. Wie man weiss, erzielen diese Firmen auch erhebliche Gewinne, die sie zum Teil hier versteuern. Ohne diese Unternehmen würde unserem Kanton nicht nur Geld fehlen, sondern auch Dynamik, ein Stück Engagement, das sich beispielsweise im Kultur-





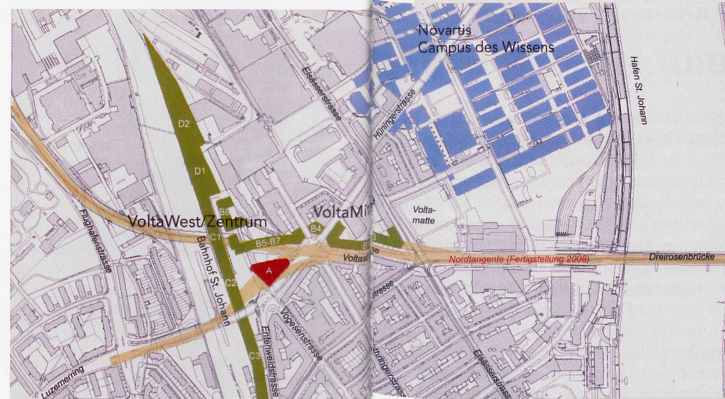
Projektansicht VoltaMitte

genseitig. Wir sind durchaus daran interessiert, dass Leute, die aus dem Ausland kommen und bei Novartis arbeiten, möglichst in unserer Stadt wohnen, weshalb nicht auch gleich in der Nähe ihres Arbeitsplatzes? So wird sich wohl auch das eine oder andere Geschäft dort ansiedeln. Das Quartier entwickelt sich weiter und wird damit attraktiver. Was wir nicht wussten, war, dass dank Novartis nun auch der Rückbau des Hafens St. Johann möglich wird und damit der Bevölkerung der Zugang zum dortigen Rheinufer geöffnet werden kann.

Durch einen Grundsatzbeschluss des Grossen Rates wurde der Hafen ins Finanzvermögen des Kantons umgewandelt. Damit war der Weg frei für den Verkauf des Geländes an Novartis. Im Politikplan 2006 – 2009 heisst das: «Die optimale Unterstützung der Realisierung des Novartis Campus soll dem Wirtschaftsstandort Basel einen starken Impuls verleihen und den Menschen den direkten Zugang zum Rhein.» Bestanden aber

nicht ursprünglich Pläne, dass der Kanton selber das Hafenareal für eine Überbauung nutzen könnte?

Doch, aber alle Projekte, die wir in diesem Zusammenhang studiert haben, wären wegen des Rückbaus des bestehenden Industriegeländes im Hafen wohl nur schwer finanzierbar gewesen. Was immer wir planten, hätte im Einvernehmen mit Novartis geschehen müssen. Dieser Hafen ist ja nicht die adäquate Umgebung für das Hauptquartier von Novartis. Das Unternehmen hat ganz klar auch ästhetische Ansprüche. Wenn nun Novartis das Areal übernimmt, so hilft uns das, ein Problem zu lösen. Auch wir sind an einer grosszügigen Gestaltung des Geländes interessiert. Das ist aber architektonisch sehr anspruchsvoll. Es gibt dort einen Niveauunterschied im Gelände. Im Prinzip könnte man einfach eine Mauer machen und darunter den geplanten Velo- und Fussgängerweg. Schön wäre allerdings ein Übergang mit Grünflächen, also eine Art Park mit einer Abgrenzung zum Firmen-



gelände. Aber dazu fehlte uns schlicht das Geld. Gleichzeitig hat Novartis immer klar gemacht, dass sie ihr Areal auf Grund sicherheitstechnischer Überlegungen fürs Publikum nicht öffnen will. Das ist zu akzeptieren.

Bekanntlich plant die ETH das «Centre of Biosystems Science and Engineering» nach Basel zu verlegen. Dass diese Entscheidung, die im Zusammenhang mit der räumlichen Nähe zur Pharma-Industrie zu sehen ist, den Wirtschaftsstandort Basel stärkt, liegt auf der Hand. Wie den Medien zu entnehmen war, sähe es Novartis gerne, wenn das Institut in der Nähe des Campus angesiedelt würde. Der andere grosse Basler Chemiekonzern, Roche, hat darauf nicht sehr erfreut reagiert. Letztlich wird hier wohl die Regierung eine Schiedsrichterrolle übernehmen müssen.

Das werden wir sehen. Es gehört zum Regierungsgeschäft, dass man es nicht allen recht machen kann und das ist tatsächlich eine jener Situationen, die nicht einfach zu lösen sein wird. Für die definitive Entscheidung über die Standortfrage braucht es noch Zeit. Zunächst geht das ETH-Institut auf das Syngenta-Areal im Rosental. Dort hat es einen Mehrjahresvertrag.

Standortförderung, das wird deutlich, ist eine komplexe Angelegenheit. Bis heute ist es der Regierung gelungen, für die Pharma-Industrie attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen. Dass davon auch zahlreiche Zulieferfirmen und das hiesige Gewerbe profitieren, liegt in der Natur der Sache. Gleichzeitig wächst aber auch die Abhängigkeit der Menschen in der Region von den zu Global Playern gewordenen Basler Unternehmen. Ein Projekt wie der Campus

Und so wird für Basel Standortmarketing betrieben:

Provinz im Weltformat

Ziel der Standortförderung ist die Optimierung und Vermarktung der Standortbedingungen für Unternehmen (Wirtschaftsförderung und -entwicklung); für Touristinnen und Touristen (Destinationsmarketing) und für Einwohnerinnen und Einwohner (Wohnortmarketing).

Die Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Baselland (WIBB) zählen sieben Gründe auf, die für die Region Basel sprechen:

- Als trinationale Region bildet Basel die **Brücke EU – Schweiz**
- Bestausgebildete Arbeitnehmer garantieren **qualifizierte Arbeitskräfte**
- **Hochwertige Infrastrukturen** dank Büros, Labors, Lagerhallen, Messen, Kongressen, Logistik, Gütermerschlag und Zollfreilager, modernster Kommunikation und kooperativen Behörden
- Ruhiges Wohnen in freundlichen Quartieren, kurze Pendlerwege, vielfältige Freizeitmöglichkeiten, ein umfassendes Kulturangebot und Spitzenmedizin sichern eine **hohe Lebensqualität**
- **Bildung und Wissenschaft:** ein ausgezeichnetes öffentliches Schulsystem bis hin zu Gewerbeschulen, Fachhochschulen, Universität und Musikakademie – ergänzt durch Privatschulen, die «International School», die Schule für Gestaltung usw.
- Basel am Schnittpunkt von Autobahnen und Schienenverkehr, mit dem Rheinhafen und dem «EuroAirport» garantiert **Internationale Verkehrsanbindungen**
- **Wirtschaftliche Dynamik** dank der grossen Chemieunternehmen, einer internationalen Logistikindustrie und eines ausgebauten Bankwesens.

Quelle: www.baselarea.org



wird Menschen aus der ganzen Welt nach Basel bringen, manche werden vorübergehend hier wohnen und arbeiten, andere auf Dauer.

Wenn alles gut geht, sagen wir einmal in zehn, fünfzehn Jahren, können dort bis zu zehntausend Leute arbeiten. Und davon wohnen dreissig Prozent bei uns, oder hoffentlich noch mehr. Sie werden Bewohner dieser Stadt sein und unsere Nachbarn. Ihnen möchten wir im St. Johann eine anregende und attraktive Umgebung anbieten.

Dadurch verschwindet günstiger Wohnraum und es findet in einem gewissen Sinne ein Verdrängungsprozess statt. Was geschieht mit den Leuten, die es sich nicht mehr leisten können, in den neuen Überbauungen Volta-Mitte und Volta-West zu wohnen?

Wir haben im Kanton Basel-Stadt, verglichen mit anderen Städten, ein sehr grosses Angebot an verhältnismässig güns-

tigen Wohnungen. Es sind vor allem die eher billigen und kleinen Wohnungen, welche im höheren Masse leer stehen als die eher teuren. Dass man in einem begrenzten Rahmen eine Aufwertung vornimmt ist vertretbar. Was im Äusseren St. Johann geschieht, wird zu einer gewissen Veränderung in der Bevölkerungsstruktur führen. Es wäre gelogen, wenn wir sagen würden, dass dies nicht auch erwünscht ist. Im Kanton Basel-Stadt haben wir keine ausgewogene Bevölkerungsstruktur. In den letzten dreissig Jahren sind zahlreiche Menschen aus der Mittelklasse und besser Situierte weggezogen. Sie bezahlen ihre Steuern nicht mehr bei uns. Es ist wichtig, dass die Bevölkerung versteht, dass wir auf unseren 37 km² ein Gleichgewicht finden müssen zwischen denen, die mehr Steuern bezahlen als sie Leistungen beanspruchen und umgekehrt. Wohnbauprojekte wie um den Volaplatz und ein Projekt wie der Novartis-Campus helfen, dieses Ziel zu verwirklichen.

Interview: Werner Ryser

